



Mehr Industriearbeitsplätze bedeuten einen sichtbaren Erfolg der Wirtschaftspolitik, und danach sehnen sich die Menschen.

ISAIAH J. DOWNING / REUTERS

Trump hat erfasst, was Sozialdemokraten noch nicht verstanden haben

Die moralische Empörung über Trump versperrt Europa den Blick auf die Realität. Trump liefert nicht Daten, sondern Bilder, welche die Sorgen der Menschen aufgreifen. Gastkommentar von Andreas Barthelmess

Trump zu verstehen, fällt uns schwer. So tief geht unsere Ablehnung, dass uns rationale Erklärungen für sein Tun gar nicht in den Sinn kommen. Wir pathologisieren Trump, erklären seine Politik für strategielos und dumm. Er ist unvernünftig, nicht wir. Was aber, wenn hinter Trumps Verhalten sehr wohl ein Kalkül steht – und zwar eines, das unsere politische Ohnmacht entlarvt?

Trump hat verstanden: Manufacturing, also industrielle Produktion, ist Wirksamkeit. Mehr Industriearbeitsplätze bedeuten einen sichtbaren Erfolg der Wirtschaftspolitik, und danach sehnen sich die Menschen im Zeitalter der digitalen Entfremdung und der Verunsicherung durch Big Tech, Krypto und künstliche Intelligenz.

Industrielle Arbeit steht für Greif- und Begreifbarkeit, Vertrautheit und Zugehörigkeit, für Stolz und Identität. Trump hat erfasst, was hiesige Sozialdemokraten immer noch nicht verstanden haben: Kollektive Deklassierungserfahrung lässt sich nicht durch Sozialfürsorge beruhigen, erst recht nicht heilen. Es geht um kulturellen Stolz. «Make America great again» ist ein Versprechen von Selbstwirksamkeit.

Trump spricht für die Mehrheit der Normalen. Ausgerechnet er, der New Yorker Immobilienmilliardär und Verächter der «great unwashed», hat die Swing States im Rust Belt gewonnen.

Trump's Zollpolitik ist mehr als nur Protektionismus. Sie ist Ausübung von Macht und Wirksamkeit und zugleich ihre Inszenierung. Heute zwingt Trumps Politik die mächtigsten CEO der Welt, bei ihm als unterwürfige Bittsteller um individuelle Absprachen nachzusuchen. Seine Botschaft: Er hat Macht über andere, selbst über die Übermacht des Kapitals. Trump stellt Marx' Logik auf den Kopf: Nicht das Kapital bestimmt die Politik, sondern das Politische inszeniert sich als Souverän über das Kapital. So wird ein alter linker Wunsch scheinbar von rechts erfüllt, auch wenn Trump politische Ämter am liebsten mit Milliarden besetzt.

Trump liefert keine Wirtschaftszahlen, sondern Szenen. Deutungsbilder ersetzen Daten; in diesem Sinne hat schon Robert Shiller in seinen «Narrative Economics» argumentiert. Ökonomische Wirksamkeit wird nicht messbar, sondern sichtbar. Tatsächlich ist Trump ein Meister des Spektakels, wie es Guy Debord schon Ende der 1960er Jahre beschrieben hatte: In der «Gesellschaft des Spektakels» ersetzt die Inszenierung die Wirklichkeit – nicht als Täuschung, sondern als neue Form politischer Realität. Heute ist das Social Media.

Auch in der Aussenpolitik stehen Trumps brutaler Druck, seine rhetorische Härte, sein Deal-Making, seine Drohungen und Erpressungen in scharfem Kontrast zur früheren Stilisierung Amerikas als einer guten, «unentbehrlichen Nation» (Madeleine Albright), als eines wohlwollenden Hegemonen.

Doch Amerika, so sieht es Trump, kann sich dieses Image nicht mehr leisten. Denn mit der amerikanischen Allmacht ist es vorbei – ökonomisch, geopolitisch, technologisch. Aus dieser Einsicht zieht Trump seine Konsequenzen. Bevor die alte Vormachtstellung der USA vollends verlorenggeht, will er den letzten verbleibenden Hebel maximal

Amerikas Präsident stellt Marx' Logik auf den Kopf: Nicht das Kapital bestimmt die Politik, sondern das Politische inszeniert sich als Souverän über das Kapital.

nutzen – ob in erster Linie für das Land, für seine oligarchische Klasse oder für sich persönlich, sei einmal dahingestellt.

In jedem Fall gilt: Je unberechenbarer Trumps Auftreten, desto grösser sein Hebel. Das ist der Grund, warum Trump bereit ist, das gesamte ökonomische Fundament der US-Macht – den Dollar als Leitwährung, die USA als sicheren Absatzmarkt – aufs Spiel zu setzen. Denn jedes Mal, wenn er es tut, zieht er daraus mediales Momentum und kurzfristige Verhandlungsvorteile.

Diese Radikalität zeigt Wirkung. Während Trumps Vorgänger jahrzehntelang ergebnislos höhere europäische Verteidigungsausgaben forderten, verändert er – auch durch seinen ambivalenten Flirt mit Putin – die Lage schnell und nachhaltig. Beim jüngsten Nato-Gipfel haben sich die Europäer der neuen Trump-Doktrin, fünf Prozent ihres Bruttonutzenprodukts für Verteidigung aufzuwenden, ohne Widerstand unterworfen. Endlich kümmern sie sich mit massiven Investitionen um ihre eigene Sicherheit.

Um die neue amerikanische Militärdoktrin – nicht mehr gleichzeitig zwei, sondern nur noch einen grossen Krieg führen zu können – zu verantworten, war genau das nötig: das Risiko Russland an die Europäer abzugeben. Ob Trump dafür auch bereit wäre, die Ukraine zu opfern, ist offen.

Unsere moralische Empörung versperrt den Blick auf die Realität. So verstörend Trump wirkt: Sein Aufstieg ist auch Ausdruck europäischer, speziell deutscher, selbstverschuldeter Unmündigkeit. Wir wollten nach dem Zweiten Weltkrieg einfach nicht erwachsen werden. Noch heute klammern wir uns an ein Weltbild, das längst aus der Zeit gefallen ist. Das erklärt unsere politischen Versäumnisse. Wir müssen aufhören, unsere Ohnmacht durch Nostalgie und moralische Empörung zu kompensieren. Die Disruption ist kein Zukunftsszenario, sie ist Gegenwart. Wir sollten keine dritte Amtszeit Trumps brauchen, um das zu begreifen.

Andreas Barthelmess ist Ökonom, Tech-Unternehmer, Publizist und Gründer des Think-Tanks 30 Deutschland (Club of Rome).

Wie in fast allen anderen Ländern ist die Schweizer Flugsicherung ein Monopolbetrieb, finanziert durch Gebühren der Nutzer (Fluggesellschaften). Die EU hat vor zwanzig Jahren eine wirtschaftliche Regulierung der Flugsicherungsgebühren eingeführt, um ungerechtfertigt hohe Gebühren für Flugsicherungsdienste zu vermeiden. Sie gilt auch für die Schweiz, weil diese sie mit dem Luftverkehrsabkommen zwischen der EU und der Schweiz übernommen hat.

Seit Jahren gehört die Schweiz zu den Ländern mit den höchsten Flugsicherungsgebühren in Europa. Das hat die EU-Kommission in den letzten Jahren mehrmals dazu veranlasst, den Leistungsplan der Schweiz zurückzuweisen. Wie einige andere Länder musste sie den Plan nachbessern, auch den Leistungsplan, den die Schweiz im September 2024 für die kommenden fünf Jahre eingereicht hat. Selbst nach der geforderten Korrektur werden die Gebühren von Skyguide voraussichtlich die höchsten in Europa sein.

Zwei voll ausgerüstete Zentren

Flugsicherungsunternehmen argumentieren oft, die Vorgaben der EU seien unrealistisch. Die Leistungsziele der EU beruhen jedoch auf sorgfältigen Studien. Diese vergleichen insbesondere die Kosten (inklusive Löhnen und Teuerung), die lokalen Gegebenheiten eines Landes, die Komplexität des Luftraums und die im Vergleich mit anderen Ländern erwartete Produktivität der Fluglotsen. Die EU-Kommission definiert die Ziele nicht im Alleingang: Die EU-Mitgliedsstaaten genehmigen sie.

Vor diesem Hintergrund zeigt sich: Skyguide und die Schweiz haben in Bezug auf die Kosten für die Flugsicherung ein Problem. Der im Mai publizierte Bericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle beleuchtet zum dritten Mal eine der Ursachen: Vor mehr als zehn Jahren begann Skyguide ein ehrgei-

Skyguide und die Schweiz haben ein Problem

Die Flugsicherung hierzulande ist im Vergleich zu umliegenden Ländern zu teuer. IT-Projekte, die nur schleppend vorankommen, machen Skyguide zu schaffen. Zudem wäre die Flugsicherung in der Schweiz an einem einzigen Standort möglich. Gastkommentar von Regula Dettling-Ott

ziges IT-Projekt, mit dem sie erreichen wollte, dass Fluglotsen unabhängig vom Standort die Flugzeuge im Überflug über die Schweiz lotsen können.

Skyguide sah sich als Pionierin, entwickelte eigene Lösungen und hoffte, diese an andere europäische Länder verkaufen zu können. Gleichzeitig wollte sie ein politisch heikles Thema mittels Technologie lösen: Die kleinräumige Schweiz hat zwei voll ausgerüstete Zentren für die Flugsicherung in Dübendorf und in Genf.

Wie bei IT-Projekten in anderen Unternehmen und beim Staat kostet das Virtual Center von Skyguide weit mehr als geplant. Bereits

2022 hatte die Eidgenössische Finanzkontrolle eine massive Verzögerung und hohe Mehrkosten festgestellt. Trotzdem befürwortete sie damals die Fertigstellung.

Ein Umdenken wird gefordert

Drei Jahre später zeigt sich: Die zusätzlichen Mittel und die zusätzliche Zeit haben die Probleme nicht gelöst, im Gegenteil: Das Virtual Center soll erst ab 2031 einen Nutzen abwerfen, zehn Jahre später als ursprünglich geplant und in einem deutlich reduzierten Umfang (55 Prozent).

Gemäss der Eidgenössischen Finanzkontrolle kostet das Projekt Virtual Center bis jetzt 286 Millionen Franken; sie fordert nun «ein Umdenken» und bezeichnet die Weiterführung des Projekts als «heikel». Die Finanzlage von Skyguide sieht sie als «sehr besorgniserregend», was sich auf das Projekt Virtual Center auswirken werde.

Nicht nur Skyguide, sondern auch das Bundesamt für Zivilluftfahrt als Aufsichtsbehörde und der Bund als Eigentümer stehen vor schwierigen Entscheidungen. Skyguide fehlen wegen des Virtual Center Ressourcen für andere Projekte, und sie kann Fehlbeträge nicht durch höhere Gebühren decken. Skyguide hatte schon mehrmals mit IT-Problemen zu kämpfen, die – aus Gründen der Sicherheit – zu Betriebseinschränkungen und während Stunden zur Einstellung des Betriebs führten (Juni 2022 ganze Schweiz, Mai 2025 in Genf).

Das Geld, das das Virtual Center bei Skyguide bisher verschlungen hat, ist definitiv ausgegeben. Entscheidend kann nur sein, ob es sich rechtfertigt, weiterhin in das Projekt zu investieren. Für die nächsten Jahre plant Skyguide weitere 100 Millionen für das Virtual Center. Ein Blick in andere Länder zeigt, dass in der Schweiz ein einziges Zentrum für Überflüge reichen würde, ohne Einbussen für die Sicherheit.

Die Beibehaltung von zwei Zentren aus standortpolitischen Gründen verursacht zusätzliche Kosten, die sich nicht durch Nutzergebühren decken lassen. Die Schweizer Flugsicherung braucht keine Technologie, um Strukturen beizubehalten, die betrieblich nicht notwendig sind, sondern eine effiziente Organisation ihres Betriebs an einem Standort. Für die An- und Abflüge könnte eine reduzierte Infrastruktur vor Ort bleiben.

Regula Dettling-Ott ist auf Luftrecht spezialisierte Rechtsanwältin und Professorin an der Universität Bern. Von 2017 bis 2023 leitete sie im Auftrag der Europäischen Kommission das Gremium Performance Review Body of the Single European Sky. Zuvor war sie in Brüssel für die Lufthansa Group tätig.